

AFGHANISTAN: VAGE AUSSICHT AUF EINE REGIONALE LÖSUNG

Die USA und die NATO ziehen sich bis 2014 schrittweise aus Afghanistan zurück. Dafür gibt es drei Hauptgründe: die strategische Orientierungslosigkeit und die Missionsmüdigkeit vor Ort, die Erosion der innenpolitischen Zustimmung in den truppenstellenden Ländern sowie die internen Differenzen über die Rolle der NATO. Nun rückt die Frage in den Vordergrund, ob die regionalen Akteure eine wichtigere Rolle bei der Stabilisierung Afghanistans übernehmen können. Zu grosse Hoffnungen sind nicht berechtigt.



Begrenztes Potenzial für eine regionale Lösung: Die Präsidenten Afghanistans, Pakistans und Irans an einem Treffen in Islamabad, 17. Februar 2012.
Reuters/Mian Kursheed.

nistan aus operierenden Terrornetzwerke weitgehend unterbinden. NATO und ISAF sind jedoch am Vorhaben gescheitert, am Hindukusch den Aufbau eines sicheren, stabilen und demokratischen Staats zu ermöglichen. Afghanistan wird gegenwärtig trotz der Aufstockung um zusätzlich 30'000 US- und 1000 Koalitionssoldaten im Jahr 2010 weiterhin von Instabilität, Unsicherheit, Korruption und wirtschaftlichem Stillstand geprägt. Zudem gelang es der ISAF gemäss der Einschätzung zahlreicher Beobachter bisher nicht, die afghanischen Streitkräfte angemessen auszubilden und ausreichend auf die Übernahme der Sicherheitsverantwortung nach Abzug der ISAF vorzubereiten.

Gut zehn Jahre nach dem Beginn der westlichen Militäroperation in Afghanistan werden die Truppen kontinuierlich reduziert. Bis 2014 soll der Abzug der US- und NATO-geführten Truppen abgeschlossen sein. Dieser Rückzug bedeutet nicht, dass die Ziele der Mission nun erreicht sind. Ursprünglich formulierten die USA, die Internationale Schutztruppe (ISAF) und die NATO im Jahr 2001 drei Ziele: erstens Usama bin Ladin (der mutmassliche Drahtzieher hinter den Anschlägen vom 11. September 2001) zu eliminieren und das Terrornetzwerk al-Kaida zu zerschlagen; zweitens die Taliban zu entmachten und zu verhindern, dass Afghanistan weiterhin als Zufluchtsort für Terroristen dient; und drittens funktionierende demokratische Strukturen aufzubauen und das Land zu stabilisieren. Mit der Einsetzung der afgha-

nischen Übergangsregierung anlässlich der Bonner Vereinbarung vom Dezember 2001 wurde diese Agenda um den Aspekt des Statebuilding ergänzt. Und als die NATO im Oktober 2003 dauerhaft das Kommando über die ISAF übernahm, wurden die Ziele noch erweitert. Sie umfassen seither die Gewährleistung der Sicherheit, die Wiederaufbauhilfe und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Förderung der guten Regierungsführung.

Enttäuschte Hoffnungen

Die ISAF und die NATO konnten diese ambitionierten Ziele in den letzten zehn Jahren nur teilweise realisieren. Ihre Hauptfolge bestanden in der Ausschaltung bin Ladins und in der weitgehenden Zerschlagung der al-Kaida in Afghanistan. Zudem konnten sie die Aktivitäten der von Afgha-

Gleichzeitig kehren die Taliban zurück. Ihre Präsenz und ihre Kontrolle über weite Teile des Landes haben inzwischen ein solches Ausmass angenommen, dass der Westen und die afghanische Regierung unter Präsident Hamid Karzai eingestehen mussten, dass der Ausschluss der Taliban von Verhandlungen nicht länger möglich ist. Die Unsicherheit nimmt eher zu als ab. Täglich werden Terroranschläge ausgeführt, Strassenbomben gelegt und politische Morde verübt. Die Zahl der zivilen Opfer nimmt stetig zu und überstieg im Jahr 2011 mit über 3000 getöteten Zivilisten die durchschnittliche Zahl der Opfer, die unter der Herrschaft des Talibanregimes in den 1990er Jahren zu Tode kamen. Entsprechend sank die Unterstützung für die NATO-Truppen innerhalb der afghanischen Bevölkerung.

Die ISAF in Afghanistan (Stand Januar 2012)

- Truppenkontingente aus 50 Ländern
- Total ISAF-Truppen: 130'236
- Grösste Truppenkontingente: USA (90'000), Grossbritannien (9500), Deutschland (4715), Italien (3956), Frankreich (3832)
- Alle beteiligten Länder haben die Absicht geäussert, ihre Truppen bis Ende 2014 abzuziehen. Es existiert bislang jedoch kein fixer und koordinierter Zeitplan für den Truppenabzug.

Die Unterstützung des Westens für Karzai und die Schaffung neuer politischer Institutionen trugen nur begrenzt zur Etablierung eines stabilen Staats mit demokratischen Strukturen bei. Es bleibt fraglich, in welchem Ausmass die Bevölkerung die Karzai-Regierung effektiv unterstützt. Die Fähigkeit und der Wille Kabuls zur Durchführung von freien und fairen Wahlen werden bezweifelt. Korruption, Führungsschwäche, Klientelismus, Vetternwirtschaft, die Verwicklung von Beamten in das Drogengeschäft sowie Sondervereinbarungen zwischen lokalen Behörden und Warlords unterminieren das Funktionieren und die Effektivität des staatlichen Handelns. *Transparency International* stufte Afghanistan 2010 als das drittkorrupteste Land der Welt ein. Über die künftige Rolle der Taliban im Rahmen einer nationalen politischen Lösung herrscht Unklarheit.

Gründe für den Rückzug

Der Abzug der ISAF-Schutztruppe wurde durch drei Schlüsselentwicklungen ausgelöst: die Zunahme der Einsatzmüdigkeit und der strategischen Orientierungslosigkeit der ISAF-Mission; die Erosion der innenpolitischen Zustimmung und die fehlende Identifikation mit den Missionszielen bei den truppenstellenden Staaten sowie das Andauern der Differenzen unter den Mitgliedstaaten über die Rolle und die Ziele der NATO. Vor Ort führten die Unzufriedenheit mit der unklaren Strategie sowie die ernsthaften Zweifel an der Erreichbarkeit der gesetzten Ziele für Vorbehalte gegenüber der Weiterführung der Mission. Nach anfänglichen Erfolgen bei der Entmachtung der Taliban und der Zerschlagung der terroristischen Infrastruktur und der darauffolgenden Erweiterung des Mandats begann die ISAF-Mission an Uneinigkeit über die Ziele und das strategische Vorgehen zu leiden. Die Koalitionspartner konnten sich nicht darüber einigen, ob das vorrangige Ziel die Ausschaltung der al-Kaida oder der Taliban war, wie eine tragfähige politische Lösung aussehen sollte und was Sicherheit und gute Regierungsführung im aktuellen afghanischen Kontext effektiv bedeuteten.

Auf operativer Ebene gestaltete sich die Koordination der zahlreichen Mitgliedstaaten der Mission schwierig. Die jeweiligen Truppenkontingente verfügten über verschiedene nationale Mandate, die sich vor allem in der Frage unterschieden, ob die Einheiten an direkten Kampfhandlungen teilnehmen oder lediglich Unterstützungsfunktionen übernehmen durften. Auch bei den Aktivitäten in den Bereichen Entwicklung und Staatsaufbau verfolgten die Länder in ihren Verantwortungsbereichen je unterschiedliche Ansätze. Die Wirkung der *Provincial Reconstruction Teams* war uneinheitlich und die seit 2001 gesprochenen rund 57 Mrd. US-Dollar Hilfsgelder haben vor Ort nur relativ geringfügige Verbesserungen in den Bereichen Gesundheitswesen, menschliche Sicherheit und Bildung bewirkt. Das Fehlen von klaren strategischen und operativen Zielen hat zusammen mit der anhaltend schlechten Sicherheitslage viele Beobachter zur Überzeugung geführt, dass der Versuch der ISAF, ein stabiles und sicheres Afghanistan aufzubauen, zumindest kurzfristig nicht realisierbar ist. Diese Einschätzung dürfte die Verantwortungsträger in ihrem Rückzugsentscheid bestärkt haben.

Zentrale Bedeutung für diesen Entscheid hatte zudem, dass die Afghanistan-Mission in den ISAF-Mitgliedstaaten innenpolitisch unter wachsenden Rechtfertigungsdruck geriet. Vor dem Hintergrund der verblasenden Erinnerungen an die in den USA und Europa verübten Terroranschläge, der steigenden Zahl von getöteten Soldaten in Afghanistan, der ausbleibenden Erfolge sowie der immer deutlicher spürbaren Auswirkungen der globalen Finanzkrise wuchs die innenpolitische Ablehnung der ISAF-Mission in den beteiligten Staaten. Den politischen Verantwortungsträgern in Europa und den USA gelang es nicht, eine überzeugende Begründung für die Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan zu liefern. Dies machte in den ISAF-Ländern die Fortführung der Mission innenpolitisch nahezu untragbar. Hinzu kam gerade in den USA das Argument, dass sich dank technologischen Fortschritten (z.B. Drohnen)

Einsätze in schwierigem Gelände wie in Afghanistan auch ohne dauerhaft stationierte Truppen durchführen lassen. Damit können Kosten gesenkt und eigene Verluste minimiert werden.

Der Truppenabzug muss auch vor dem Hintergrund eines allgemeinen geostrategischen Wandels in den an der ISAF-Mission beteiligten Ländern gesehen werden. Wie die USA in ihrer *Defence Strategic Review* im Januar 2011 darlegten, wird sich der zukünftige strategische Schwerpunkt weg von Europa und dem Nahen Osten hin zum asiatisch-pazifischen Raum verlagern. Ein Rückzug aus Afghanistan erscheint vor diesem Hintergrund nachvollziehbar. Auch europäische Regierungen hinterfragen angesichts der Entwicklungen in der Eurozone und der Finanzkrise ihre bisherigen strategischen und finanziellen Prioritäten.

Der Afghanistan-Einsatz akzentuierte auch die grundlegenden Diskrepanzen innerhalb der NATO über die Rolle, die Agenda und das Selbstverständnis des Bündnisses. Die internen Meinungsverschiedenheiten über den Afghanistan-Einsatz wurzeln in der Debatte über die Daseinsberechtigung und den Zweck des Bündnisses im gegenwärtigen globalen Umfeld. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde darüber diskutiert, ob die NATO primär für die Garantie der Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten zuständig ist (die von den westeuropäischen Mitgliedern bevorzugte Position) oder ob das Bündnis zu einem Akteur mit globaler Reichweite transformiert werden soll, der auch in anderen Regionen und Konflikten der Welt eine Rolle spielt (die von den USA favorisierte Position).

Der Afghanistan-Einsatz wurde als Lackmustest im Hinblick auf die Rolle der NATO als globaler Akteur betrachtet. Die Bewährungsprobe hat jedoch dazu geführt, dass die internen Differenzen über die Rolle der NATO sich akzentuiert haben und verstärkt in Meinungsverschiedenheiten über die Strategie und operative Aspekte zum Ausdruck gekommen sind. Aus Besorgnis darüber, dass dieser Dissens und der relative Misserfolg des Einsatzes die langfristige Zukunft und den Zusammenhalt des Bündnisses gefährden könnten, befürworteten viele Entscheidungsträger den Truppenabzug aus Afghanistan.

Regionale Lösung aufgrund mangelnder Alternativen

Zeitgleich mit der Ankündigung des Abzugs begannen massgebliche westliche Akteure, das Potenzial einer regionalen Lösung

für die Gewährleistung der Sicherheit in Afghanistan hervorzuheben. Sie betonten die zentrale Rolle, die Nachbarstaaten wie Pakistan, Indien, Russland, China, Iran und die zentralasiatischen Republiken in Zukunft für die Stabilität des Landes spielen konnten und sollten. Die propagierte Regionalisierungsstrategie leidet jedoch an zwei entscheidenden Schwächen: Erstens bestehen keine klaren Vorstellungen darüber, wie eine solche regionale Lösung konkret aussehen könnte. Und zweitens wurden die betroffenen regionalen Akteure selbst kaum in dieses Vorhaben eingebunden. Dies erweckt den Eindruck, dass die Favorisierung einer regionalen Lösung vor allem auf das Fehlen valabler strategischer Alternativen zurückzuführen ist. Hauptziel einer solchen Lösung ist es, zumindest notdürftig die Lücke zu füllen, die der bevorstehende Truppenabzug hinterlässt.

Westliche Vertreter versuchten wiederholt, an internationalen Konferenzen eine Debatte über die Rolle der regionalen Akteure für die Sicherheit Afghanistans auszulösen, beispielsweise an der türkisch-afghanischen Regionalkonferenz in Istanbul und an der Bonner Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011. In der Praxis beschränkt sich die Zusammenarbeit des Westens (bzw. der USA) mit den regionalen Akteuren auf Gespräche über Versorgungsrouten und Korridore zur logistischen Unterstützung der US-, ISAF- und NATO-Operationen.

Diffus blieb auch der von den USA propagierte Vorschlag einer „New Silk Road“. Washington stellte die Idee erstmals an der UNO-Generalversammlung im September 2011 vor. Sie schlug die Etablierung eines wirtschaftlichen Netzwerks mit Zentrum Afghanistan vor. Nach dem Vorbild der historischen Seidenstrasse sollen die Wirtschafts-, Handels- und Transitrouten nach Zentral- und Südasien gefördert werden. Auch bei diesem Vorschlag wurden die praktischen Aspekte bisher vernachlässigt.

Begrenzt tragfähiger Ansatz

Völlig aus der Luft gegriffen ist die Idee einer regionalen Lösung nicht. Sie wird bei den Staaten der Region einen gewissen Anklang finden, da diese Länder ein instabiles Afghanistan als Bedrohung für ihre eigene Sicherheit wahrnehmen. Sowohl in Islamabad als auch in Neu Delhi befürchtet man destabilisierende Auswirkungen auf Pakistan. Iran ist besorgt über mögliche Flüchtlingsströme und die allfälligen Absichten der Taliban gegenüber Teheran. Russland und die zentralasiatischen Republiken sind



alarmiert über den florierenden Drogenhandel und befürchten eine von Afghanistan ausgehende Ausbreitung extremistischer Netzwerke.

Trotz einem gewissen Mass an wohlwollender Rhetorik engagieren sich die Regierungen in den umliegenden Staaten jedoch nur mit grosser Zurückhaltung zugunsten einer diffusen regionalen Lösung. Viele würden es bevorzugen, wenn die ISAF-Truppen weiterhin in Afghanistan stationiert blieben, da sie nach deren Abzug die Entstehung eines Machtvakuum befürchten. Diese Ansicht wird selbst von Staaten der Region geteilt, die ein schwieriges Verhältnis zum Westen unterhalten. Ein wichtiger Grund für die zurückhaltenden Reaktionen der regionalen Akteure liegt auch darin, dass sie die Bedeutung Afghanistans für ihre Sicherheitsinteressen zwar als relevant, aber nicht als prioritär einschätzen. Pakistans Hauptaugenmerk liegt auf Indien, Iran orientiert sich primär zum Nahen Osten und China zum asiatisch-pazifischen Raum hin, die zentralasiatischen Republiken richten sich hauptsächlich nach Russland aus und für Russland sind die westlichen Staaten zentral. Für fast alle relevanten regionalen Akteure ist Afghanistan somit ein zweitrangiges Thema. Ihre Bereitschaft zu einem langfristig ausgerichteten Afghanistan-Engagement ist daher begrenzt.

Die regionale politische Dynamik erschwert die Entwicklung einer regionalen Lösung ebenfalls. Es leuchtet zwar ein, dass die komplexe Sicherheitslage in Afghanistan nur mithilfe einer koordinierten, regional abgestützten Strategie effektiv verbessert werden kann. Doch in der Praxis gestaltet sich die Umsetzung eines solchen Ansatzes schwierig. Die problembefrachteten heutigen und historischen Beziehungen, die das Verhältnis vieler Staaten der Region prägen,

stellen ein grosses Hindernis für die Schaffung eines koordinierten regionalen Ansatzes dar. Die politischen Verantwortungsträger in der Region betrachten das Thema der afghanischen Sicherheit nicht isoliert. Die konfliktreichen Beziehungen zwischen den verschiedenen regionalen Staaten werden jede multilaterale Diskussion über Afghanistan zusätzlich erschweren. So wird z.B. der Kaschmir-Konflikt zwischen Pakistan und Indien bei den strategischen Afghanistan-Überlegungen der beiden Länder eine zentrale Rolle spielen. Russlands Position in der Afghanistanfrage wird wiederum erheblich von seiner Politik gegenüber den zentralasiatischen Republiken beeinflusst, was umgekehrt genauso gilt.

Auch das erweiterte geopolitische Umfeld beeinträchtigt die Aussicht auf einen kohärenten regionalen Ansatz. Washingtons rhetorische Offensive zugunsten einer regionalen Lösung wirkt derzeit speziell widersprüchlich, weil die bilateralen Beziehungen der USA mit regionalen Mächten wie Pakistan oder Iran einen historischen Tiefpunkt erreicht haben. Die Erfolgsaussichten eines gemeinsamen regionalen Ansatzes unter der Ägide der USA scheinen vor diesem Hintergrund mehr als fraglich. Ein Beispiel illustriert dies: Nachdem bei einem NATO-Luftangriff am 26. November an der afghanisch-pakistanischen Grenze 24 pakistanische Soldaten ums Leben kamen, beschloss Pakistan, die 2011 in Bonn veranstaltete Afghanistan-Konferenz zu boykottieren und die Versorgungsroute für die ISAF-Truppen über den Khaiberpass zu sperren.

Hemmend wirkt ebenfalls, dass die Akteure der zentral- und der südasatischen Länder, welche die nördlichen und die südlichen Grenzregionen Afghanistans ausmachen, ungenügend mit den jeweils anderen Überlegungen vertraut sind. Afghanistan wird

innerhalb Zentral- und Südasiens von fundamental verschiedenen Standpunkten aus betrachtet. Diese divergierenden Sichtweisen müssten zuerst miteinander in Einklang gebracht werden, bevor es zu einem regional koordinierten Ansatz für die Sicherheit in Afghanistan kommen kann.

Ausblick

Die an der ISAF-Mission beteiligten Staaten reduzieren ihre Truppen kontinuierlich. Sie werden bis 2014 ganz abziehen und die Verantwortung für die Sicherheit in Afghanistan den dortigen Sicherheitskräften übergeben. Ob diese bis dann der Aufgabe gewachsen sein werden, ist mehr als fraglich. Die westlichen Staaten müssen deshalb nur schon im eigenen Interesse ein gewisses Engagement aufrechterhalten. Afghanistan bleibt weiterhin ein instabiles, politisch ungeordnetes Land in einem innen- und aussenpolitisch labilen Sicherheitsumfeld. Zahlreiche Aspekte, die von westlichen Staaten als Bedrohung für ihre eigene Sicherheit empfunden wurden – Terrorismus, illegaler Drogenhandel, Migration, regionale Instabilität – bleiben auch in Zukunft relevant. Aus diesem Grund sollten sich die westlichen Staaten und die internationale Gemeinschaft auch nach dem Ende der militärischen Mission für die Entwicklung und die Sicherheit Afghanistans einsetzen.

Aus dieser Perspektive betrachtet bleibt eine regionale Lösung trotz der genannten Schwierigkeiten auch in Zukunft eine wichtige Strategie. Der Ansatz verlangt jedoch nach einer realistischen, differenzierten Herangehensweise. Die komplexen Beziehungen zwischen den vielen regionalen Akteuren, deren fehlende Kapazitäten und der mangelnde Wille, sich in Afghanistan nachhaltig zu engagieren, setzen der Idee einer regionalen Lösung eindeutige Grenzen. Es wäre illusorisch, die Entstehung einer kohärenten, wirksamen und effizienten regionalen Afghanistanstrategie zu erwarten. Vielmehr zeichnet sich ein Ad-hoc-Vorgehen aus bilateralen, trilateralen und multilateralen Interaktionen ab. Vor diesem Hintergrund ist ein langfristig ausgerichtet und flexibler Ansatz erforderlich.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte/-expertin für diese Ausgabe:
Stephen Aris aris@sipo.gess.ethz.ch
Aglaya Snetkov snetkov@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung?
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandsaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten